

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Aktuelles & Wirtschaft



Aktuelles & Wirtschaft
aus dem **Oldenburger**
Münsterland

Julius Höffmann

Landwirte laden ein: Klingeln statt einbrechen

Interview mit den Kreislandvolk-Vorsitzenden Hubertus Berges (Cloppenburg) und Dr. Johannes Wilking (Vechta)

Zu verschiedenen Themenbereichen der Landwirtschaft und aktuellen Diskussionen äußern sich die Vorsitzenden der beiden Kreislandvolkverbände im Oldenburger Münsterland, Hubertus Berges, Landkreis Cloppenburg, und Dr. Johannes Wilking, Landkreis Vechta. Das Interview führte der Chefredakteur der Münsterländischen Tageszeitung, Julius Höffmann:



Frage: *Obergrenzen werden auch bei Flächenprämien diskutiert. Sind solche Prämien ab einer bestimmten Größenordnung noch nachvollziehbar oder sollte darauf ab einer Größe von zum Beispiel 600 Hektar verzichtet werden?*

Berges: Zunächst einmal etwas zur Begrifflichkeit: Die Prämie wird oft als Agrarsubvention verstanden. Wir sehen es eher als Erschwernisausgleich, die zusätzliche Auflagen abgelten soll. Oft wird so getan, als wenn einfach Geld verteilt wird als zusätzliche Einkommenskomponente. In schwierigen Jahren ist das auch richtig. Aber gerade die Landwirte hier in der Region wollen ihr Geld am Markt verdienen und sich nicht von irgendwelchen Zahlungen abhängig machen. Diese Obergrenzen betreffen hier bei uns die wenigsten Betriebe. Die Zuschläge für die ersten Hektare, für kleinere Betriebe sind aus meiner Sicht in Ordnung.

Frage: *... aber wie sieht es aus bei den riesigen Flächen von 1000 und mehr Hektaren, die zum Beispiel in Ostdeutschland nicht so selten sind?*

Wilking: Wir vertreten die Region hier im Oldenburger Münsterland, und deswegen betrifft es uns an dieser Stelle kaum. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht könnten wir mit einer Deckelung nach oben durchaus leben, das würde hier eine Akzeptanz finden. Größere Betriebseinheiten haben zudem betriebswirtschaftliche Vorteile, Maschinen besser auszulasten, Vorleistungen besser einzukaufen und Mengen besser zu vermarkten.

Frage: *Mit dem eingesparten Geld könnten zum Beispiel Umweltmaßnahmen gefördert werden ...*

Berges: ... man muss erst einmal die Löcher stopfen, die auch zum Beispiel durch den Brexit entstehen. Bislang gab es in Europa sehr unterschiedliche Prämien, was ich für durchaus gerechtfertigt halte. Weil es mit der jeweiligen Kaufkraft ins Verhältnis gesetzt werden muss. Schade ist, dass der Eindruck insgesamt erweckt wird, dass der Deutsche Bauernverband sich mehr um die großen und weniger um



die kleinen Betriebe kümmert. Da muss sich der DBV auch selbstkritisch hinterfragen.

Wilking: Für einen wesentlichen Teil der Prämien werden auch ökologische Gegenleistungen erbracht und zwar aus der Primärproduktion, also der Landwirtschaft heraus. Ich sehe mich als Landwirt sowieso auch als Natur- und Umweltschutz-Interessierter. Schlicht und ergreifend deswegen, weil es mein ureigenes Interesse ist, unsere Äcker in einem möglichst ökologisch optimalen Zustand zu halten. Die Täter-Opfer-Diskussion wird leider immer ein wenig einseitig geführt.

Berges: Den scheinbaren Gegensatz, den wir haben, möchte ich auch



aushebeln. Es scheint so, als müsste ich mich für eine Seite entscheiden: Entweder ich betreibe intensive Landwirtschaft und Raubbau an der Natur oder ich bin der Öko-Bauer und damit der Gute. Ich sage bewusst: Intensiv und gleichzeitig nachhaltig. Das ist zwar schwierig, aber ich achte auf mein Land und lege großen Wert auf dessen Qualität.

Frage: Sicher ein Spagat: Häufig genug wird die Landwirtschaft kritisiert, mal mehr, mal weniger berechtigt: Müssen sich die Betroffenen nicht auch an die eigene Nase fassen, inwieweit trägt die Landwirtschaft eine Mitverantwortung für die öffentliche Meinung?

Berges: Wir haben die Deutungshoheit relativ kampflos preisgegeben. In intensiven Regionen wie hier ist die Bevölkerung sicher noch dichter dran als in weniger intensiven Gegenden. Ich will gerne zugeben, dass man in bestimmten Bereichen deutlicher hätte erklären müssen, was man warum macht. Die Landwirtschaft hat sich im Bereich Tier- und Naturschutz immer weiterentwickelt. Die Bevölkerung hat jedoch den Eindruck, dass es jedes Jahr schlechter wird. Sehr schade, weil es einfach nicht stimmt.

Wilking: Die Gesellschaft ist manchmal auch nicht ganz ehrlich. Bei all den Wünschen, die wir im Umwelt- und Naturschutz, Naherholung, Tierwohl usw. haben. Am Ende des Tages wird aber eben doch auf den Preis im Lebensmitteleinzelhandel geschaut. Und so ist die Branche jahrzehntelang erzogen worden, Produkte günstig und qualitativ hochwertig zu produzieren. Aktuell werden zudem im Wesentlichen Prozessqualitäten diskutiert.

Frage: Stichwort PETA: Bewerten Sie grundsätzlich die vereinzelt Stalleinbrüche als Hausfriedensbruch und somit als Straftat? Damit verbunden ist die Frage, ob aus Ihrer Sicht der Organisation die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden sollte ...

Berges: PETA ist ein extremer Verband, der keine Diskussionsgrundlage zulässt, weil er jede Form von Tiernutzung ablehnt. PETA insgesamt hat sieben Mitglieder! Das ist auch nur wenigen bekannt. Ob eine Gemeinnützigkeit gerechtfertigt ist, stellen wir sehr stark in Zweifel, aber darüber müssen andere entscheiden. Grundsätzlich sage ich: Polarisierung verhindert Lösungen. Weil große Mauern aufgebaut werden. Spendengelder können damit natürlich generiert werden.

Wilking: Es geht oft weniger um Fakten, als um Aufmerksamkeit.

Frage: In dem Zusammenhang: Sollte, kann und möchte Landwirtschaft für mehr Transparenz sorgen, was kann die Landwirtschaft tun?

Wilking: Mit dem „Tag des offenen Hofes“ öffnen wir die Türen. Es wird in der Tat zunehmend schwieriger, das zu organisieren. Hygienevorschriften müssen und wollen eingehalten werden. Kritische Besuchergruppen fokussieren sich auf die Ausnahmen. Wissen Sie, wo gelebt wird, wird auch gestorben. Das ist bei Menschen so, und das ist bei Tieren auch so. Transparenz fordern wir auch seitens der beiden Kreislandvolkverbände in vielen Fragestellungen. Zum Beispiel fordern wir auch mehr Messstellen für die Wertermittlung der Grundwassergüte, um ein objektiveres Bild erstellen zu können. In der Vergangenheit wurden eher problembezogene Messstellen



aufgebaut. Und so kommt es dazu, dass Deutschland ein EU-weit vergleichsweise schlechtes Ergebnis in der Nitratdiskussion vorweist, weil keine repräsentativen Messergebnisse vorliegen.

Berges: Wir sagen bei Stalleinbrüchen grundsätzlich: Klingeln statt einbrechen. Wenn jemand sich umsehen möchte, dann soll er sich gerne melden.

Frage: Ein anderes Thema: die Düngeverordnung. Ein Bürokratiemonster für die Landwirte, das erheblich mehr Zeitaufwand fordert. War es trotzdem notwendig, Grenzen zu setzen?

Berges: Die Düngeverordnung ist aus unserer Sicht in vielen Punkten noch nicht schlüssig. Sie ist Mitte des vergangenen Jahres in Kraft getreten und bis Weihnachten wusste niemand so genau, was eigentlich konkret damit gemeint war. Auf Nachfrage, was der Landwirt denn jetzt machen oder lassen muss, um nicht gegen die Verordnung zu verstoßen, hat man Achselzucken geerntet. Das sind unausgelegene Regeln aus dem Ministerium, die einfach nicht rund laufen. Es wird an vielen Stellen nicht fachlich, sondern politisch entschieden. Es ist nicht so, dass die Bauern stumpf dagegen sind. Aber es muss machbar sein. Zurzeit werden drei verschiedene Prüfer zu drei verschiedenen Ergebnissen kommen.



Wilking: Tierhaltende Betriebe stoßen an ihre Grenzen, was Neueinstellungen angeht, weil die überregionalen Abgabemöglichkeiten für Gülle derzeit nicht ausreichen. Es fallen etwas größere Mengen an, vor allem aber wollen die aufnehmenden Ackerbaubetriebe abwarten, was bei der Umsetzung der Verordnung herauskommt. Geschlossene Nährstoffkreisläufe in Niedersachsen müssen vermehrt gesucht und gefunden werden, denn die Nährstoffe aus der Tierhaltung kommen aus dem Futter und das wurde auch in ganz Niedersachsen produziert.

Frage: *Nicht nur der OOWV, auch die Menschen sorgen sich um die Qualität des Trinkwassers, wenn sie von überhöhten Nitratwerten im Boden hören. Schon sprechen Experten von höheren Kosten für die Aufbereitung des Wassers. Wird genug getan, um die vorgegebenen Werte einzuhalten?*

Berges: Die Düngeverordnung muss jetzt erst einmal wirken. Deswegen habe ich kein Verständnis für weitere Forderungen, die eine zusätzliche Verschärfung wollen. Außerdem kann ich es aus Sicht der Wasserwirtschaft nicht verstehen, warum sie ihr eigenes Produkt schlecht macht. Das Wasser in Deutschland ist zu 99,9 Prozent in einem Top-Zustand. Das sagt auch das Umweltbundesamt. Die weitere Aussage teile ich allerdings nicht: Das Amt sagt auch, daraus könne man noch nicht auf die Qualität des Rohwassers schließen. Das halt ich für völlig abwegig. Mir ist kein Verband in Deutschland bekannt, der Wasser aufbereitet. Wir sind aktuell im kooperativen Wasserschutz mit dem OOWV aktiv. Und das muss auch so weitergehen. Miteinander. Ohne Ängste zu schüren.

Wilking: Wir sind uns der Situation und unserer Verantwortung ganz klar bewusst. Aber für die Überschreitung der Grenzwerte ist nicht nur die Landwirtschaft verantwortlich, sondern auch andere Teile der Gesellschaft. Dennoch: Die Landwirtschaft bearbeitet große Flächen und ist deswegen auch in der Verantwortung, Dünger effektiver einzusetzen. Aber: die Witterung spielt auch eine große Rolle, wie die Trockenheit in diesem Frühjahr 2018 oder die Nässe im vergangenen Sommer 2017 zeigt.



Frage: *Leidenschaftlich diskutiert auch auf politischer Ebene wird der Einsatz von Glyphosat: Ist die Bewertung dieses Mittels eine Glaubensfrage oder eher eine Frage der wissenschaftlichen Erkenntnis?*

Berges: Die Diskussion um Glyphosat ist für mich ein Beispiel, wie ein Thema von der fachlichen komplett auf die emotional politische Ebene gewechselt ist. Ich bin weder Befürworter noch Gegner: Man kann ohne, aber es ist einfacher, wenn man es nutzen kann. Die Diskussion ist aufgrund von Polarisierung verbrannt. Wenn wir dieselben Gradmesser bei anderen Stoffen des Alltags wie Weichmacher oder Kunststoffe anlegten, befänden wir uns wieder in der Steinzeit. Ich fordere die Politik auf, nicht dem Mainstream hinterherzulaufen, sondern eine klare Entscheidung zu treffen und die Findungsprozesse offen zu legen. Für mich ist das Ganze eine Stellvertreter-Diskussion. Wenn jemand einen bestimmten Fehler zu verantworten hat, dann bekommt der Hersteller den Ärger, nicht der Kunde. Siehe Diesel-Skandal: Nicht die Autofahrer, sondern die Konzerne sind verantwortlich. Bei den Landwirten ist das anders: Wenn Arznei- und Pflanzenschutzmittel genutzt werden, und die dann in Verruf geraten, bekommen wir als Anwender den Druck, nicht die Hersteller. Obwohl wir uns den Anweisungen entsprechend verhalten haben.



Wilking: Man darf nicht vergessen: Die Möglichkeit des Einsatzes von Glyphosat macht auch Sinn, wenn man beispielsweise bodenschonend, d.h. pfluglos arbeiten möchte.

Frage: Sprung zur nächsten Debatte: Es gibt verschiedene Tierwohl-Label, die die Qualität des Produktes bescheinigen sollen. Ist das aus Ihrer Sicht der richtige Weg oder sollte es vielleicht ein einheitliches Bundessiegel geben oder eher gar keins?

Berges: Grundsätzlich glaube ich, dass wir durch jede Form von Labeling eine Stufe höher steigen und damit jede andere Stufe, die auch nur ein wenig darunter liegt, in Misskredit bringen. Damit habe ich ein Problem. Dann heißt es: Nur gesetzlicher Standard. Klingt, als wenn es schlecht wäre, wobei es in Deutschland sicher einem guten Niveau entspräche. Diese Problematik kommt mir in der Diskussion zu kurz.

Wilking: Zunächst gilt es, festzuhalten, dass mehr Landwirte Interesse zeigten, daran teilzunehmen, als der Einzelhandel mitfinanzieren wollte. Das Labeling ist ein Marketinginstrument, aber ich kann Politik und Einzelhandel nur raten, die Vergabe von Labels nicht inflationär zu betreiben. Wer will denn die ganzen verschiedenen Etikettierungen noch auseinanderhalten? Ein abgestimmtes bundeseinheitliches Siegel schafft Übersicht. Aber wir machen mit, kein Problem. Die Frage ist nur, was erreichen wir damit?

Fotos: Münsterländische Tageszeitung



Christine Brinkmeier



Wir wachsen gemeinsam

Eine Demografiestrategie für den Landkreis Cloppenburg

Der Landkreis Cloppenburg zählt mit einem Durchschnittsalter von 40,5 Jahren zu den jüngsten Regionen Deutschlands. Eine im Jahre 2016 angefertigte individuelle Bevölkerungsprognose für den Landkreis Cloppenburg bis in das Jahr 2030 sagt ein Bevölkerungswachstum von 6,7% voraus. Warum braucht eine der jüngsten und noch wachsenden Regionen Deutschlands dann überhaupt eine Demografiestrategie?

- Auch unsere vergleichsweise junge Bevölkerung wird immer älter. Ein besonders starker Anstieg ist bei den „jungen Alten“ zwischen 60 und 69 Jahren zu erwarten, deren Anzahl sich bis 2030 um 57% erhöhen dürfte. Auch bei den 70- bis 79-Jährigen wäre der Anstieg mit +40% erheblich. In vielen Lebensbereichen werden die Auswirkungen dieser zunehmenden Alterung zukünftig zu spüren sein.
- Die Berechnungen zeigen zudem, dass bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen von einem kontinuierlichen Rückgang auszugehen ist. Darüber hinaus ziehen aktuell bereits vor allem junge Erwachsene in der Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase fort. Vor diesem Hintergrund spitzt sich der allgemeine Fachkräftebedarf in unserer Region noch mal zu.
- Das Bevölkerungswachstum unserer Region in den letzten Jahren ist v.a. durch Zuzüge von Ausländern aus osteuropäischen EU-Staaten sowie durch den Flüchtlingszustrom 2015/2016 entstanden. Diese Entwicklungen bringen beachtliche Integrationsaufgaben mit sich.
- Trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums wird es langfristig auch schrumpfende Orte in unserem Landkreis geben. Wachstumsdruck und Schrumpfung verändern die Ortsbilder nachhaltig.

Diese aktuellen und prognostizierten Entwicklungen bringen somit Herausforderungen und Aufgaben für viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens mit sich. Für den Landkreis Cloppenburg ist es wichtig, diese Veränderungen zu erkennen und rechtzeitig Strategien und Maßnahmen mit langfristiger Wirkung zu entwickeln. Das war der maßgebliche Grund, einen Richtungsweiser zu erarbeiten – und zwar nicht nur aus der Kreisverwaltung heraus, sondern in Zusammenarbeit mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Nach ausführlichen Analysen mithilfe eines Planungsbüros haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger und Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und sozialen Einrichtungen in kommunalen Demografieworkshops vor Ort und thematischen Arbeitsgruppen gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte gesetzt.

Bei aller Vielfalt in unseren Städten und Gemeinden und aufgrund der spezifischen demografischen Merkmale des Landkreises und seiner Teilräume haben sich unter dem Leitmotiv „Wir wachsen gemeinsam“ vier Handlungsebenen herauskristallisiert, die das inhaltliche Gerüst der kreisweiten Demografiestrategie bilden:

WIR WACHSEN GEMEINSAM

ALTENGERECHT

Ebene 1: WIR kümmern uns um die altengerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur und Netzwerke im Landkreis!
(LÄNDLICHES LEBEN UND WOHNEN IM ALTER)

INTEGRATIV

Ebene 2: WIR stehen für das offene Miteinander unterschiedlicher Kulturen. Sprache, Bildung und Beschäftigung sind unsere Integrationsmotoren!
(INTEGRATION UND GESELLSCHAFTLICHES ZUSAMMENLEBEN)

CHANCENREICH

Ebene 3: WIR gehen neue Wege um gemeinsam mit den jungen Menschen aus unserer Region die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftswachstums zu sichern!
(FACHKRÄFTEBEDARF UND PERSPEKTIVEN JUNGER MENSCHEN)



LEBENSWERT

Ebene 4: WIR setzen uns für die Schaffung bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums ein und entwickeln attraktive und lebendige Ortszentren!

(NEUES WOHNEN UND ATTRAKTIVE ORTSZENTREN)

In der Auseinandersetzung mit diesen Schwerpunktthemen sind in den Arbeitsgruppen und Kommunalworkshops bewährte Ansätze und Maßnahmen zusammengetragen und bereits konkrete Handlungsansätze entwickelt worden, in manchen Bereichen steht das Herunterbrechen auf konkrete Aktivitäten noch aus. Die kompletten Inhalte aus den vier Ebenen sollen hier jetzt nicht ausgeführt werden. Sie sind in der Demografiestrategie für den Landkreis Cloppenburg nachzulesen, die bei der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie des Landkreises Cloppenburg zu erhalten ist oder von der Internetseite des Landkreises heruntergeladen werden kann. Im Folgenden werden insbesondere die Aspekte aus der Strategie herausgestellt, die zu der Idee geführt haben, ein kreiseigenes Förderprogramm für Projekte, die den demografischen Wandel in den Städten und Gemeinden des Landkreises berücksichtigen, auf den Weg zu bringen:

Das ehrenamtliche Engagement im Umbruch

Dem ehrenamtlichen Engagement im Landkreis Cloppenburg kommt traditionell hohe Bedeutung zu – hier sind u.a. die Kirchen, unzählige Vereine, die Ehrenamtsagentur, das Senioren-Servicebüro und Anlaufstellen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe wichtige Unterstützer und Multiplikatoren. Allerdings sind vielfach auch gegenläufige Entwicklungen festzustellen, die die Akteure in den Workshops nannten: das Ehrenamt wird immer wichtiger, gleichzeitig nimmt das Engagement ab und verändert sich von kontinuierlichem Engagement als Vereins- oder Vorstandsmitglied in traditionellen Vereinen hin zu temporären Aktivitäten. Mit dem absehbaren Zuwachs „junger“ Älterer in den nächsten Jahren bietet sich die Chance, das Ehrenamt personell zu stärken: In einer Art „Win-Win“-Lösung könnten Menschen mit mehr frei verfügbarer Zeit in gesellschaftlich relevanten Themenfeldern tätig werden und gestaltend mitwirken, z.B. durch Betreuungen, Besuche, aufsuchende Beratungen, als Kümmerer, Initiatorin oder Initiator von Projekten zur Nachbarschaftsgestaltung und Integration. Damit



aber so ein Engagement entsteht bzw. bestehen bleibt, bedarf es einer Wertschätzung und Unterstützung, der sich das erste Ziel des Förderprogramms widmet:

- *das (ehrenamtliche) Engagement in demografierelevanten Vorhaben, in Vereinen und Initiativen unterstützen!*

Veränderte Lebens- und Versorgungsbedingungen in Orten

Mit der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur verändert sich auch das Leben in den Orten, v.a. in den Dörfern, wenn junge Menschen wegziehen, familiäre Strukturen sich auflösen und die Versorgung sich zunehmend auf die Kernorte konzentriert. Mittelfristig stellt sich sogar für einige Ortsteile die Frage, ob sie weiterhin über eine gesicherte „Vor Ort-Versorgung“ verfügen können und wie diese ggf. aufrecht zu halten sein wird. Gleichzeitig möchten viele hochbetagte Menschen möglichst lange zu Hause wohnen bleiben. Die Analyse der Altersstrukturen auf Ortsteilebene in der Demografiestrategie ist ein gutes Indiz dafür: Obwohl Altenbetreuungs- und Wohnanlagen in der Regel in den Kernorten entstanden sind, sind kleinere, ländlich strukturierte Ortsteile in den Außenbereichen der Kommunen vielfach durch überdurchschnittlich hohe Anteile Älterer über 80 Jahre gekennzeichnet. Wie können wir also die Orte dabei unterstützen, als weiteres Ziel:

- *die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Ortszentren und Dörfern für alle Altersgruppen in verschiedenen Lebenslagen zu schaffen oder zu erhalten?* – Beispielsweise, indem wir auch Maßnahmen zur Schaffung, Erhaltung, Verbesserung oder Erweiterung von Einrichtungen der dörflichen Basisdienstleistungen zur Versorgung der Bevölkerung unterstützen, allerdings nicht ohne dabei vorhandene Fördermöglichkeiten wie Dorfentwicklungs- oder EU-Förderprogramme auszuschließen.

Dialog und Zusammenleben in einer neuen Bevölkerungszusammensetzung

Die sich verändernden Nachbarschaften und Familienstrukturen in den Orten durch Wegzüge, Zuzüge, damit verbundener Alterung und zunehmender kultureller Vielfalt kamen auch in den Workshops vor Ort mit Vereinen und Dorfbewohnern zur Sprache, genauso in den Arbeitsgruppen zur „Integration und gesellschaftlichem Zusammen-



leben“ und zum „Ländlichen Leben im Alter“. Einig waren sich alle darin,

- *den Dialog und direkten Kontakt, also die Kommunikation vor Ort zu verbessern, beispielsweise, indem man Treffpunkte zur Begegnung vor Ort schafft oder niedrigschwellige Kontakte und Gesprächsanlässe bietet, beispielsweise für Ältere, Alleinstehende, Neuzugezogene.*
- *Damit soll auch das Zusammenleben von älteren und jungen Generationen und unterschiedlichen Kulturen gefördert und der Zusammenhalt in den Ortsteilen gestärkt werden.*

Diese Ziele und Beispielmaßnahmen verfolgt das neue Förderprogramm für Demografieprojekte in den Städten und Gemeinden. Das hört sich allgemein an und ist inhaltlich breit aufgestellt – so soll es auch sein. Jede Gemeinde, jeder Ortsteil hat es mit anderen (demografischen) Herausforderungen zu tun, sei es der Bedarf an einem Dorfladen, einem Treffpunkt für Generationen, einer Ehrenamtsbörse, gemeinschaftlichen Aktionen usw.

Zielgruppen sind gemeinnützige Vereine und Verbände, (Bürger-) Genossenschaften, Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements, Senioren-Vertretungen sowie Kirchengemeinden, die mit einem einmaligen Zuschuss des Landkreises ihr Vorhaben leichter realisieren können. Damit der Gemeinde nicht entgeht, was der Landkreis vor Ort unterstützt, wird die jeweilige Stadt oder Gemeinde mit eingebunden. Ihre Zustimmung und Unterstützung ist erforderlich. Die Förderung des Landkreises umfasst pro Vorhaben max. 10.000 Euro, jedoch nicht mehr als 25% des Gesamtkostenvolumens. Doppelförderungen durch den Landkreis sind nicht möglich, wenn z. B. bereits kreiseigene Zuschüsse oder Fördermittel aus anderen Haushaltsstellen für das Vorhaben beantragt oder zugesagt sind.

Ein wichtiges Kriterium für die Gewährung eines Zuschusses ist neben einer genauen Beschreibung und Begründung der Idee das Einbringen von ehrenamtlichem Engagement bei der Durchführung. Außerdem ist die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Vereinen und Initiativen wichtig, damit das Projekt im Sinne einer möglichst großen Gemeinschaft im Ort umgesetzt werden kann. Als jährliches Budget wird durch den Landkreis eine Gesamtsumme von 50.000 Euro bereitgestellt. Die Laufzeit des Programms beträgt zunächst drei Jahre.



Um die oben genannten Ziele und Möglichkeiten zu veranschaulichen, sei im Folgenden ein Projekt vorgestellt, das sich bereits in der Umsetzung befindet (Stand Juni 2018): die aktive Kolpingsfamilie Garrel erweitert mit Unterstützung der Gemeinde Garrel und vielen ehrenamtlichen Helfern sukzessive ihr Jahrzehnte altes KolpingFreizeitZentrum Pastorenbusch im Ortsteil Garrel. Die Anlage mit großem öffentlichen Kinderspielplatz, Bolzplatz, Grillhütte und einer alten Blockhütte steht allen Vereinen der Gemeinde zur Verfügung. Auch viele (Groß-)Familien, Jugendgruppen, Schulklassen, Freizeiten sowie auch die ältere Generation nutzen das KolpingFreizeitZentrum gerne



als Ziel für ihre Aktivitäten. Es stellt eine Begegnungsmöglichkeit für Jung und Alt dar, die nun in die Jahre gekommen ist und für die Zukunft erhalten werden, aber auch aktuellen und zukünftigen Erfordernissen angepasst werden soll. Konkret ist geplant einen Multifunktionsraum zu schaffen, die Sanitäreinrichtungen zu erweitern und die Küchenzeile zu vergrößern,



um damit insbesondere den Bedürfnissen größerer Gruppen für die Begegnungsaktivitäten nachzukommen.

Mit der Maßnahme werden gleich mehrere Ziele des Förderprogramms bedient: die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten vor Ort und die Stärkung des Zusammenlebens. In der Gemeinde gibt es dann weiterhin einen (wieder) attraktiven Ort, wo vereinsunabhängig, konfessions- sowie generationsübergreifend Begegnungen stattfinden, die den Zusammenhalt fördern.

Zwei weitere Dorfgemeinschaften aus unterschiedlichen Städten des Landkreises stehen ebenfalls in den Startlöchern – einmal liegt der Fokus auf neuen gemeinschaftlichen generationsübergreifenden Aktivitäten. Bei dem anderen Vorhaben geht es um die gemeinsame Neugestaltung eines augenfälligen Aufenthaltsortes in einer Siedlung. Es kommt also nicht darauf an, etwas Innovatives zu entwickeln, sondern auch durchaus Bewährtes für die zukünftige demografische Entwicklung weiter zu nutzen und/oder (wieder) fit zu machen. Dass dazu viele Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, zeigen sowohl der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ als auch die beachtliche Anzahl an Aktivitäten zur Integration von Neuzugewanderten, die v.a. mit Hilfe von Ehrenamtlichen in den letzten drei Jahren entstanden sind. In diesem Sinne kann auch das Förderprogramm eine wertvolle Unterstützung sein.

Bilder: Landkreis Cloppenburg



Stefan Diekmann / Dirk Gehrmann

moobil+ – Das Plus an Mobilität im Landkreis Vechta

Die Nahverkehrsversorgung im Landkreis Vechta wurde bereits vor einigen Jahren als verbesserungsbedürftig eingestuft. Landkreis, kreisangehörige Städte und Gemeinden und die ortsansässigen Verkehrsunternehmen haben sich daraufhin intensiv mit der Frage beschäftigt, wie man im ländlichen Raum ein möglichst umfassendes Mobilitätsangebot bieten kann, ohne dabei die Kosten aus den Augen zu verlieren. In Zusammenarbeit mit einem externen Berater wurde ein innovatives Konzept entwickelt, das traditionellen Linienverkehr mit einem bedarfsorientierten Servicebussystem kombiniert.



Bild: Landkreis Vechta

Wie funktioniert moobil+?

Seit November 2013 gibt es über 500 Haltestellen, die von 13 neuen 8-Sitzer-Bussen angefahren werden. Ein Teil davon sind reguläre Haltepunkte mit Taktung, an denen man wie gewohnt zusteigen kann, wenn Plätze frei sind. Der Großteil der Haltestellen wird aber nur im Bedarfsfall bedient. Auf 15 Linien sind alle Städte und Gemeinden des Land-

kreises Vechta miteinander verbunden. Die Kunden können eine Fahrt bis 60 Minuten vor Antritt telefonisch oder per Internet buchen. Dabei werden erstmals alle Verkehrsangebote berücksichtigt und verzahnt: Deutsche Bahn, Nordwestbahn, Schülerverkehr, Stadtbus Vechta und moobil+. Durch die Einbindung des bundesweiten Online-Fahrplaners ist es nun möglich, auch von außerhalb eine Adresse im Landkreis Vechta durchgängig per ÖPNV zu erreichen. Dadurch gewinnen alle: Der Bürger, der schneller zum Ziel kommt, der Verkehrsunternehmer, der die Kosten senken kann und auch die Umwelt, weil erheblich weniger CO₂ ausgestoßen wird. Grundlage ist eine eigens für den Landkreis Vechta entwickelte Mobilitätssoftware, die die Fahrzeuge mit der Mobilitätszentrale verbindet und somit eine Direktsteuerung zulässt. Auf besonders stark frequentierten Linien werden auch größere Fahrzeuge eingesetzt.

Als registrierter moobil+Nutzer, der sich für eine bargeldlose Ticketabrechnung entschieden hat, muss man sich keine Gedanken über den Zeitpunkt von Fahrten machen. Oder auf welcher Linie und mit welchem Ticket man unterwegs ist. Mit der moobil+Bestpreis-Garantie genießt man immer Flexibilität und Preissicherheit. Denn an jedem Tag in jeder Kalenderwoche und jedem Kalendermonat wird automatisch überprüft, ob sich aufgrund der Anzahl der Fahrten eher eine Einzel-, Tages-, Wochen- oder Monatskarte für den Fahrgast rentiert. Dementsprechend wird immer nur die günstigste Ticketvariante berechnet. Auch auf einzelne Fahrten in einer höheren Preisstufe wird nicht der volle Preis berechnet, sondern nur ein entsprechender Aufpreis. Und für Fahrten in darunterliegenden Preisstufen muss gar nichts mehr bezahlt werden.

Beispielrechnungen:

Wenn man sieben Einzelfahrkarten (Preisstufe 1) in einer Kalenderwoche nutzt, beträgt der Preis 2,00 EUR pro Fahrt – insgesamt also 14,00 EUR. Damit wurde der Preis eines Wochentickets (Preisstufe 1) erreicht. Alle weiteren Fahrten innerhalb der Kalenderwoche in dieser Preisstufe sind für den Fahrgast kostenlos. Denn jetzt gilt automatisch das günstige moobil+Wochenticket. Fährt ein Kunde in einem Kalendermonat bis zu 20 Mal in einer bestimmten Preisstufe, dann sind alle weiteren Fahrten in dieser und darunter liegenden Preisstufe innerhalb des Kalendermonats ebenfalls kostenlos. Denn dann gilt nicht mehr der Preis eines Wochentickets, sondern der deutlich günstigere Tarif des moobil+Monatstickets.



Städte und Gemeinden von Anfang an beteiligt

Der Landkreis Vechta hat in diesem Projekt die Leitung und koordiniert alle Maßnahmen. Allerdings wurden die Städte und Gemeinden nicht nur von Anfang an eingebunden, sondern waren – ausgehend von den Bürgerwünschen im Regionalmanagement – auch Hauptinitiatoren des Projektes. Bereits 2008 erkannten die Kommunen die Notwendigkeit von Verbesserungen. In den beiden folgenden Jahren wurde zunächst eine Machbarkeitsstudie erstellt. Diese regte an, auf bedarfsorientierte Verkehre zu setzen.

Nach Gremienbeschluss in allen Kommunen und dem Kreistag wurde bei der Wirtschaftsförderung des Landkreises die Projektleitung angesiedelt und gemeinsam mit den ansässigen Verkehrsunternehmen ein völlig neuartiges System entwickelt. Schon vor dem Start wurde moobil+ mit Auszeichnungen bedacht: 2010 belegte es den zweiten Platz beim bundesweiten Wettbewerb der Deutschen Energie Agentur „Innovative Konzepte im Mobilitätsmanagement 2010“. Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium benannte moobil+ 2012 als richtungsweisendes Projekt im Rahmen der Klimaschutzstrategie des Landes. Durchgängig haben Kommunen und Verkehrsunternehmen unter Projektleitung des Landkreises Einfluss auf Streckenplanung, Tarifgestaltung und alle Entscheidungen, die getroffen werden müssen.

Mehr ÖPNV wagen – demographisch entwickeln

Vor dem Start von moobil+ war der ÖPNV im Landkreis Vechta beschränkt auf den Schülerverkehr und die Nordwestbahn, die den Landkreis Vechta an die Oberzentren Oldenburg, Osnabrück und Bremen anbindet.



Bild: Landkreis Vechta

Aufgrund der Entfernungen im ländlichen Raum und des unzureichenden ÖPNV-Angebotes war die Abhängigkeit vom Auto sehr hoch. Lange stellte dies im wirtschaftlich

erfolgreichen Oldenburger Münsterland kaum ein Problem dar: In vielen Haushalten sind zwei oder sogar mehr PKW vorhanden. Bei einer sich verändernden Gesellschaft (z.B. mehr Studenten und ältere Mitmenschen) steigt aber auch die Zahl derer, die keinen Zugriff auf einen PKW haben können oder wollen. Zur Veränderung der Mobilitätskultur setzt man nicht nur auf eine große Marketingkampagne, sondern auch auf sogenannte moobil+Berater. In den Städten und Gemeinden gibt es knapp 44 dieser ehrenamtlichen Multiplikatoren, die als Paten des Systems für Fragen zur Verfügung stehen. Neben der komfortablen Internetbuchung mit Bestpreis-Garantie stehen in der Mobilitätszentrale vier Mitarbeiterinnen für Beratung und Buchung zur Verfügung.

Die Zahlen sprechen für sich

Seit Projektstart vor 45 Monaten (Stand April 2018) wurden über 516.000 Fahrgäste befördert. Über 13.200 Kunden haben sich online registriert, um besonders schnell und komfortabel buchen zu können. Mehr als 85.000 Besucher haben sich bereits auf der Internetseite www.moobilplus.de informiert, ebenfalls über 225.000 Anrufe konnte die kostenlos erreichbare Mobilitätszentrale verzeichnen. Zusätzlich registrierte die Facebook-Seite rund 35.000 Besuche. Hier können Nutzer u.a. laufend mitteilen, was sie am System verbessert sehen möchten.

Insgesamt konnten mit moobil+ bislang 29 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden. Die erfolgreiche Pilotphase führte 2015 dazu, dass sich die Städte und Gemeinden sowie der Landkreis Vechta bereiterklärt haben das Projekt für weitere vier Jahre zu unterstützen. Aktuell wird über eine erneute Ausdehnung des Projekts beraten.

Herausforderungen gemeinsam meistern

Mit dem guten Start wollen sich die Projektbeteiligten nicht zufriedengeben. Durch die Einführung von Jobtickets können Unternehmen ihren Angestellten finanziell unterstützen in dem Sie dem Mitarbeiter einen Zuschuss zu den Fahrtkosten erteilen. Außerdem profitiert man vom Mengenrabatt in Höhe von bis zu 10%, denn je mehr mitmachen, desto günstiger wird es. Nach ersten Optimierungen an den Fahrplänen werden diese laufend weiter verbessert. Durch Informationsveranstaltungen und zielgerichtetes Marketing wird der Landkreis Vechta auch weiterhin die Bevölkerung in das Projekt einbinden. Die Botschaft lautet: Der Bedarf bestimmt das Angebot!



Dominik Blum

Die Kirche muss im Dorf bleiben – aber wie?

Zur Zukunft der Seelsorge im ländlichen Raum des
Oldenburger Münsterlandes

Seit 1668, also seit mehr als 350 Jahren, gehört das katholische Oldenburger Münsterland in geistlicher Hinsicht vertraglich abgesichert zum Bistum Münster. Ob es, wie gelegentlich behauptet wird, tatsächlich seitdem keine so einschneidenden Veränderungen im Leben und Glauben der katholischen Christinnen und Christen und in der Struktur der Pfarreien und Gemeinden gegeben hat wie in den letzten zwei Jahrzehnten, das müssen die Historiker und Kirchengeschichtler untersuchen und beurteilen. Auch wenn es in diesem kurzen Beitrag um die Zukunft der Seelsorge in dieser Region gehen soll, lohnt sich doch zuerst ein Blick auf die derzeitige Situation.

Katholisch im Oldenburger Münsterland – wenige Zahlen

Die beiden südoldenburgischen Landkreise Cloppenburg und Vechta umfassen die fünf Dekanate Cloppenburg, Damme, Friesoythe, Lönigen und Vechta. Einschneidende, oft auch zu Recht als schmerzlich empfundene Strukturveränderungsprozesse hat es hier in den Jahren zwischen 2004 (Neugründung der Pfarrei St. Johannes Baptist, Garrel) und 2012 (Neugründung der Pfarrei St. Johannes Baptist, Steinfeld) gegeben. Nach den Fusionen gibt es in den südoldenburgischen Dekanaten 24 Pfarreien und ein Pfarrrektorat, Heilig Kreuz in Stapelfeld. Insgesamt leben im Oldenburger Münsterland etwas mehr als 311.000 Menschen, von denen im Landkreis Cloppenburg 56,4% (94.900 von 168.233) und im Landkreis Vechta 60,8% (87.032



von 143.088) katholisch sind. So ergibt sich für das Oldenburger Münsterland ein Katholikenanteil von 58,4% an der Gesamtbevölkerung (Stand Juni 2017). Die größten Pfarreien verzeichnen dabei in ihren Büchern mehr als 16.000, die kleineren rund 3.000 katholische Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche, die durch ihren Wohnort zur jeweiligen Pfarrei gehören.

Entscheidend gestaltet wird die Zukunft der Seelsorge natürlich von den Seelsorgerinnen und Seelsorgern, die in den 25 Pfarreien hauptamtlich arbeiten. Das sind derzeit (Stand: Juni 2018) 51 Priester, von denen 19 als Priester der Weltkirche vorwiegend aus Indien kommen, und 27 Pastoralreferentinnen sowie 17 Pastoralreferenten (davon zwei hauptamtliche Diakone), die allerdings nicht alle mit vollem Beschäftigungsumfang arbeiten. Der Einsatzplan, in dem das Bistum Münster beschreibt, wie das Seelsorgepersonal auf die Pfarreien und Einsatzorte verteilt wird, ist damit im Oldenburger Münsterland nahezu vollständig erfüllt. Zusätzlich wirken nebenamtliche Diakone und zahlreiche emeritierte Priester hilf- und segensreich in den Pfarreien. Vor allem letztere ermöglichen heute noch, dass in den meisten Kirchen dieser Region regelmäßig werktags und sonntags Eucharistie gefeiert werden kann.

Mit diesen Zahlen, die alle wichtig sind, ist aber darüber noch wenig ausgesagt, ob christkatholisches Leben und Glauben in Südoldenburg eine Zukunft hat. Denn ob die Kirche im Dorf bleibt, entscheidet sich nicht in erster Linie an der Anzahl der Priester und hauptamtlichen Seelsorgerinnen und Seelsorger, der demografischen Entwicklung oder der Höhe der Kirchensteuereinnahmen. Es geht darum, ob auch morgen und übermorgen Menschen in den Städten und Dörfern Südoldenburgs lebendig als Christen leben, gemeinsam beten und Gottesdienst feiern. Ob sie ihren Alltag so gestalten und in ihrer Arbeit so auftreten, dass Nachbarn und Freunde sie als Christen erkennen. Und ob sie ihren Kindern und Enkeln von Jesus Christus erzählen – genauso begeistert wie vom Fußball, der freiwilligen Feuerwehr und dem Engagement im Heimatverein.

Volkskirchliche Restbestände – und eine ‚mixed economy‘

Als das Bistum Münster 2013 in seinem ‚Diözesanpastoralplan‘ Voraussetzungen für eine menschengerechte und zeitgemäße Pastoral beschrieben hat, war eine der zentralen Einsichten: „Wenn wir über



die Kirche in der Welt von heute sprechen, muss festgehalten werden: Die Volkskirche in ihrer bisherigen Form ist in weiten Teilen unseres Bistums Vergangenheit. Die Kirche entwickelt sich auch im Bistum Münster von einer Kirche des Erbes (in der man selbstverständlich den Glauben und die Glaubenspraxis der anderen Generationen übernahm) hin zu einer Kirche der Entscheidung.“ (Pastoralplan für das Bistum Münster, S. 15) Keine der Thesen des Pastoralplans ist so heiß diskutiert worden wie diese, auch und vor allem im Oldenburger Münsterland.

„Das klingt aber despektierlich!“ Der alte Herr aus einer südoldenburgischen Kleinstadt runzelt die Stirn und schnauft leise vor sich hin, als wir über dieses Thema diskutieren. Was ich gesagt hatte, war gar nicht respektlos gemeint. Mein Professor für Pastoraltheologie, Walter Fürst, der ältere Bruder des aktuellen Bischofs der Diözese Rottenburg-Stuttgart, hatte uns immer eingeschärft: „Wir haben eine Verantwortung für die volksskirchlichen Restbestände.“ Diese Einschätzung war uns Bonner Theologiestudierenden schon in den späten 1990er-Jahren plausibel. Volkskirche, das ist die fast vollständige Deckungsgleichheit zwischen Kirche und Gesellschaft in einer geschlossenen Region, im äußersten Fall in einem Volk oder einer Nation. Diese Situation gab es kaum noch in Deutschland Anfang der ‚Nullerjahre‘. Wer wollte heute leugnen, dass auch das Oldenburger Münsterland nicht mehr als ‚volksskirchlich‘ zu bezeichnen ist? Dies ist unschwer an den oben genannten demografischen Daten abzulesen, nach denen die Katholiken kaum mehr als die Hälfte im Landkreis Cloppenburg und nicht mehr Zweidrittel im Landkreis Vechta ausmachen. Würden die evangelischen Christinnen und Christen hinzugezählt, ergäbe sich zwar eine zahlenmäßig christliche Bevölkerungsmehrheit, aber sowohl im Blick auf die wachsende nichtchristliche Minderheit als auch auf die oben angesprochene Deckungsgleichheit von Kirche und Gesellschaft ist sie keine Volkskirche mehr. Die Zeit der Volkskirche ist tatsächlich vorbei.

„Gefühlt sind wir weit über 70%.“ Dieses etwas trotziges Lebensgefühl eines Pfarreiratsvorsitzenden prägt die katholische Mentalität im Oldenburger Münsterland. Und tatsächlich ist ja auch das Leben in den traditionellen katholischen Sozialstrukturen – v.a. in den Pfarreien und Gemeinden – lebendig und sympathisch. Die Pfarreien sind zweifellos das Rückgrat und die Grundform, der Klassiker und auch kirchenrechtlich der ‚Normalfall‘ katholischen Christseins. Nicht zuletzt



deshalb fließt ein großer Teil der Kirchensteuereinnahmen direkt in die Pfarreien zurück. Im Jahr 2018 plant das Offizialat für Kirchengemeinden, Kindergärten und Seelsorge mehr als 48 Millionen Euro ein, das sind über 54% des gesamten Haushaltes. Damit nimmt die katholische Kirche im Norden des Bistums Münster ihre „Verantwortung für die volkskirchlichen Restbestände“ sehr deutlich wahr.

Aber, und das muss auch ehrlich gesagt werden dürfen, die Pfarreien erreichen nur einen kleinen Teil der katholischen Menschen. Oder umgekehrt: Nicht alle Menschen, die katholisch sind, fühlen sich in Pfarreien und Gemeinden wohl, zuhause, angesprochen. Es braucht also inner-, aber auch außerhalb der Pfarreien eine ‚mixed economy‘ von Ansprachemöglichkeiten, Sozial- und Ausdrucksformen katholischen Glaubens: traditionelle und neomodische, auf dauerhafte Bindung angelegte und episodische mit punktuellen Begegnungen, umfangreich-anspruchsvolle und überschaubar-niederschwellige Projekte. Das gilt auch für Südoldenburg. Deshalb wurden Kirchensteuermittel in die „Kirche am Campus“ in Vechta investiert, eine ökumenische Präsenz der beiden Kirchen an der Universität Vechta für alle jungen Leute, die dort studieren, und auch für die Lehrenden der Universität. Deshalb arbeiten Pastoralreferenten am Aufbau kleiner Christlicher Gemeinschaften in den Pfarreien, in denen die Bibel gelesen, gebetet und soziale Aktionen geplant werden, die aber manchmal mehr, häufig weniger Kontakt zu ‚ihrer‘ Pfarrei haben. Und deshalb sind auch katholische Schulen Orte von Kirche. Mit diesem gelenkten Ausgleich, dieser ‚mixed economy‘ zwischen Traditions- und Entscheidungskirche, Erbe und Angebot hat die Seelsorge in Südoldenburg eine Zukunft – wenn beide Seiten kirchlichen Engagements nicht gegeneinander ausgespielt werden.

„Das machen wir hier bei uns schon immer so“ – Es geht um lokale Kirchenentwicklung

„Das machen wir schon immer so“ und „Das haben wir noch nie so gemacht“ – diese beiden Sätze müssen auch im kirchlichen Kontext oft herhalten, um lokale Traditionen zu rechtfertigen. Das gilt übrigens nicht nur in Südoldenburg, sondern überall. Auch wenn solche Aussagen Neuerungen verhindern können, haben sie doch etwas Richtiges: Die Menschen vor Ort wissen im Kern am besten, wie sie in die Zukunft kommen mit ihren Vereinen und Verbänden und ebenso im Blick auf eine lokale Kirchenentwicklung.



Als das Bistum Münster vor fünf Jahren den Pastoralplan für die gesamte Diözese veröffentlichte, befürchteten viele, nun würde den Pfarreien detailliert vorgeschrieben, was sie zu tun und zu lassen und wie sie ihre Zukunft zu gestalten hätten. Diese Sorge resultierte auch aus den Erfahrungen der Zusammenlegungen und Neugründungen der Pfarreien in den Jahren zuvor. Denn vielfach war dort der Fehler gemacht worden – zuerst auf der Bistumsebene und dann auch vor Ort –, die Zentralisierung seelsorglichen Handelns am ‚Pfarrort‘ zuungunsten der kleineren Gemeinden und Filialkirchen für zukunftsweisend zu halten. Doch der Pastoralplan für das Bistum Münster setzt wirklich einen anderen, geradezu entgegengesetzten Akzent. Er formuliert als Grundanliegen: „Das Bistum Münster fördert im Vertrauen auf die allen Getauften von Gott geschenkte Gnade die Entwicklung der Kirche vor Ort in den Sozial- und Lebensräumen der Menschen.“ (Pastoralplan, S. 31) Konkreter könnte man als Handlungsanweisung für die Seelsorge der Zukunft auch formulieren: „So viel wie möglich vor Ort (lokal), so viel wie nötig zentral.“ Die Kirche darf, ja sie muss also im Dorf bleiben.

Was aber ist vor Ort möglich und zentral nötig, damit kirchliches Leben lebendig, attraktiv und ansteckend ist und bleibt? Um das herauszufinden, hat Bischof Felix die Pfarreien nachdrücklich gebeten – ja, auch aufgefordert –, sich mit dem Pastoralplan für das Bistum zu beschäftigen und einen ‚lokalen Pastoralplan‘ für die eigene Pfarrei zu entwickeln. Konkret liegt diese Aufgabe satzungsgemäß bei den Pfarreiräten. Aber bitte: Was ist ein lokaler Pastoralplan? Zwei gute Definitionen habe ich dazu in den vergangenen Jahren gehört. „Ich wüsste schon gerne, wie es mit uns weitergeht“, sagte eine Dame aus einem südoldenburgischen Pfarreirat etwas ratlos bei einem Klausurwochenende. Und die Pfarreiratsvorsitzende spitzte das Anliegen zu: „Haben wir denn einen Plan?“ Seelsorge und kirchliche Präsenz sind in jeder Hinsicht komplexer geworden, Pfarreien größer und das Leben der Menschen heute wohl doch unübersichtlicher als noch vor Jahrzehnten. Wer hier in Zukunft Seelsorge sicherstellen will, die Menschen erreicht und ihnen zum Leben hilft, braucht einen Plan. Das ist der lokale Pastoralplan. Vor kurzem tagte ein Pfarreirat, in dem tatsächlich ein Unternehmensberater mitarbeitete. Er verglich den lokalen Pastoralplan seiner Pfarrei mit dem Businessplan eines Unternehmens. Und auch diese Definition fängt wichtige Aspekte einer Seelsorge der Zukunft ein. Denn die Zukunftsfrage ist auch eine Frage nach den Ressourcen, die morgen für kirchliche Arbeit und pastorales Handeln zur Verfügung stehen.



„Damit hat die Kirche doch nichts zu tun“ – Was Kirche im ländlichen Raum zu sagen hat

Das Christentum ist eine Religion, die vom Land kommt. Jesus stammt aus Nazareth, nicht aus Jerusalem oder Rom. Seine Predigten – vor allem seine Gleichnisse – wurzeln in der ländlichen Lebenswelt seiner Zuhörerinnen und Zuhörer, seine kraftvollen Sprachbilder knüpfen an das Säen, Wachsen und Ernten in der agrarischen Kultur seiner Zeit an. Nicht zuletzt beschäftigen sich viele der ethischen Orientierungen in den Evangelien mit der Sozialstruktur einer Gesellschaft aus Großgrundbesitzern und Weinbauern einerseits und Tagelöhnern, Wanderarbeitern und ausgegrenzten Bettlern am anderen Ende der sozialen Hierarchie. Schon Paulus wendet sich dann in seiner Verkündigung ausdrücklich den städtischen Zentren seiner Zeit zu – Korinth und Rom sind die prominentesten Beispiele. Und auch heute scheint es so, als erhielten das Christentum und die Pastoral ihre entscheidenden Wachstums- und Veränderungsimpulse aus der Stadt. Für das Oldenburger Land ist auch deshalb das Forum St. Peter mitten in Oldenburg ein wichtiger Motor seelsorglicher Entwicklung.

Und doch hat nach wie vor der Dialog der Kirche mit den Menschen in den Bauerschaften, Dörfern und Kleinstädten im ländlichen Raum seine eigenen, ganz spezifischen Fragestellungen. Die ‚Runden Tische Kirche und ländlicher Raum‘, die Anfang 2018 von der Katholischen Landvolkshochschule Oesede initiiert worden sind und für das Oldenburger Land in der Katholischen Akademie in Stapelfeld stattfinden, sollen diese Dialogthemen identifizieren und als Plattform Gespräche anregen und begleiten. Die Bedeutung eines solchen Austauschs liegt deutlich auf der Hand: Wo die Menschen den Eindruck haben, dass die Kirche ihre Lebensthemen nicht kennt und nicht bearbeitet – sich also nicht ‚kümmert‘ –, da steht die Zukunft der Seelsorge nicht nur zur Debatte, sondern da ist sie schon verloren.

Für das Oldenburger Münsterland hat der Runde Tisch, an dem neben den Kirchenvertretern vor allem Landwirtinnen und Landwirte aus konventionell arbeitenden Betrieben, Verbandsvertreter, Landjugendliche und Ökobauern beteiligt sind, für die erste Gesprächsphase zwei Themen identifiziert, die exemplarisch zeigen können, dass die Kirche auch heute im ländlichen Raum Süldenburgs etwas zu sagen – oder besser: etwas beizutragen hat.

Da ist zum einen die Frage, wie die Gemeinden und Pfarreien Süldenburgs sich in Zukunft an der dörflichen Sozialraum-



wicklung beteiligen wollen. Trotz der in wirtschaftlicher Hinsicht florierenden Situation im Oldenburger Münsterland sorgen sich viele Menschen nämlich darum, ob und wie die Bauerschaften und kleinen Dörfer auch in Zukunft ‚sozial bewohnbar‘ bleiben. Das betrifft weniger junge, mobile Familien mit Kindern im Vorschul- und Grundschulalter als vielmehr Alte und Kranke. Können sie in ihren Dörfern beheimatet bleiben, auch wenn sie ohne Familie vor Ort hilfs- und pflegebedürftig werden? Wo können weniger mobile Menschen einkaufen, wenn der letzte Bäcker schließt und kein noch so kleiner Lebensmittelladen mehr im Ort ist? Wo treffen sich die Dorfältesten, wenn die Kneipe den Raum zum Kartenspiel nicht mehr zur Verfügung stellen kann? Und könnte nicht das immer seltener genutzte Pfarrheim zum Dorfgemeinschaftshaus werden, wenn es nur barrierefrei umgebaut werden würde? Die Kirche hat etwas beizutragen zum Dorf als sozialem Nahraum, ja sie ist hier vielleicht gefragter als in der Stadt. Von der Kirche wird etwas erwartet als sozialer ‚Player‘ vor Ort. Und umgekehrt: Um ihrem Auftrag gerecht zu werden, mitzuhelfen, dass Leben in Fülle für alle möglich wird, ist Pastoral sozialraumorientiert im ländlichen Raum.

Und eine zweite Frage markierte der Runde Tisch: Wie gehen wir mit unserem Boden, konkreter: mit unseren Böden, im Oldenburger Münsterland um? Hat die Kirche dazu etwas zu sagen? Allerdings. Denn viele Kirchengemeinden sind Verpächter von landwirtschaftlichen Flächen, auch das Bischöflich Münstersche Offizialat, investieren in Land, um Kirchensteuermittel werterhaltend anzulegen. Derzeit werden am Runden Tisch, in Auseinandersetzung mit entsprechenden Überlegungen des Bistums Osnabrück, Kriterien für die Verpachtung dieser Flächen erarbeitet, die den Kirchengemeinden als Orientierungsrahmen dienen können. Sie betreffen wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. Am heißesten diskutiert werden dabei letztere. Hier hat die Enzyklika ‚Laudato Si‘ von Papst Franziskus 2015 zu einer deutlichen Gewissensschärfung beigetragen: Die Bewahrung der Schöpfung, das Tierwohl und der Erhalt der Pflanzenvielfalt, die ökologischen Überlebensfragen in der Südhalbkugel der Welt sind genuin christliche, kirchliche, katholische Themen. Auch hierzu darf die Kirche im ländlichen Raum etwas sagen, ja sie muss sich sogar einmischen, will sie ihrem seelsorglichen Auftrag gerecht werden. Welche Kriterien sich daraus für die Verpachtung der Flächen in Südoftenburg konkret ergeben, wird sich zeigen.



Damit die Kirche im Dorf bleibt – drei Zukunftsperspektiven

Die Kirche muss im Dorf bleiben, und sie wird auch in Zukunft im ländlich strukturierten Süddoldenburg präsent sein. Über die Rahmenbedingungen und relevanten Themen dieser Nähe zu den Menschen ist nun schon einiges gesagt worden. Zum Schluss soll es noch drei einprägsame Perspektiven geben.

„Die Pastoral führt!“ – oder: Geld ist nur Mittel zum Zweck

Es ist kaum zu glauben – aber Geld war noch nie Voraussetzung für eine zukunftssträchtige Seelsorge und für ein lebendiges christliches Leben in Städten und Dörfern. Dafür sind die Bettelorden des Mittelalters, vor allem die Franziskaner, ein prägnantes Beispiel, die nicht nur das Ordensleben, sondern auch die Pastoral gerade aus der radikalen Ablehnung finanzieller Sicherung verlebendigt und erneuert haben. Natürlich schadet es auch nicht, wenn Seelsorge und pastorales Handeln finanziell verlässlich abgesichert sind. Ob Seelsorge eine Zukunft hat, entscheidet sich jedoch daran, ob aus einer pastoralen Grundoption heraus die vorhandenen Ressourcen eingesetzt und das in Zukunft knapper werdende Geld investiert wird. Für welche Pastoral brauchen wir welche Mittel – diese Fragen werden in den Pfarreiräten gestellt und besprochen. Wenn man die Pfarreiratsmitglieder unter dem Stichwort „Pastoral führt!“ darauf hinweist, dass ihr Gremium die Weichenstellungen für die seelsorgliche Zukunft verantwortet und der Kirchenausschuss die Aufgabe hat, sie dabei zu unterstützen, schaut man bei den meisten Damen und Herren in ungläubige Gesichter. Aber es stimmt: Die Kirche bleibt im Dorf, wenn die Seelsorge gottesvoll und menschnah bleibt – das Geld ist nur Mittel zu diesem Zweck. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

„Gemeinsam Kirche sein“ – in Ehrenamt, Charismen und Teams gemeinsamer Verantwortung

Damit Kirche vor Ort lebendig bleibt und die Seelsorge Zukunft hat, müssen beide die gemeinsame Sache vieler Christinnen und Christen sein. Dabei kann und darf jede und jeder selbst entscheiden, wie sie und er sich einbringen kann und will. Nach wie vor gibt es klassische ‚Ehrenämter‘ in der süddoldenburgischen Kirche, ohne die unsere Pfarreien nicht funktionieren würden. Der eine ist Provisor, der andere



übernimmt Aufgaben im Wallfahrtsausschuss, die dritte ist Katechetin. Manche sind gewählt, andere berufen und beauftragt, wieder andere werden in eine Aufgabe gedrängt und tun sie dann doch gerne und mit viel Herzblut. Neben dieses aufgabenorientierte Ehrenamt muss in Zukunft stärker treten, die Begabungen der Leute zu entdecken, ihre Charismen (von charis, griech.: Gnadengabe), die Gott verschenkt, damit Kirche lebendig bleibt. „Manche Leute können Sachen, das glaubt man gar nicht“, sagte mir kürzlich ein Pfarrer. Das zu sehen und fruchtbar zu machen, ist schön, macht Spaß, lässt die Freude am Mit-tun und Mitleben in einer Gemeinde wachsen. Es gibt sogar Männer und Frauen, die geeignet und begabt sind, Gemeinden und Pfarreien zusammen mit dem Pfarrer und Mitgliedern des Pastoralteams verantwortlich zu leiten. Dazu bildet das Bistum Münster derzeit in einem Pilotprojekt Teams aus Ehren- und Hauptamtlichen aus, die gemeinsam Verantwortung für die Kirche in Leitung und Partizipation übernehmen. Wenn das gelingt, trägt eine solche gemeinsame Verantwortung für die lokale Kirche tatsächlich dazu bei, dass die Beziehungen zwischen Kirche und ländlichem Raum lebendig bleiben.

„Es fehlt etwas, wenn es uns nicht gibt!“ – Hoffnung für den Sozialraum

Ein Letztes. Vor kurzem saß ich in einem ziemlich müden Gespräch mit einem Pfarreirat, der sich Gedanken zur Zukunft der Seelsorge in den Dörfern machen wollte, die zur Pfarrei gehören. Der Austausch kam aber nicht in Fahrt. Vielleicht lähmt die Einsicht tatsächlich, dass die Zeit der Volkskirche vorbei ist. „Was würde denn fehlen, wenn es uns Christen, uns Katholiken hier nicht gäbe?“, fragte ich. Zunächst betretenes Schweigen. Dass es keinen Kindergarten gäbe, meinten einige – aber da würde dann wohl die Kommune einspringen müssen. Im Sommer gäbe es keine Ferienlager für die Kinder und Jugendlichen – obwohl das ja auch der Fußballverein übernehmen könnte. Und die Alten könnten sich doch auch privat zum Kartenspielen treffen, oder nicht? Und dann sagte ein alter Mann, der bis jetzt geschwiegen hatte: „Wenn es uns nicht gäbe, dann stünden alle ohne Hoffnung auf dem Friedhof.“ Das war wie ein Erweckungserlebnis. Die Christen sind Menschen, die die Hoffnung im Sozialraum wachhalten. Dass der Tod nicht das letzte Wort hat und die Trauernden getröstet werden. Dass die Alten besucht und umsorgt werden und nicht tiefer fallen können als in Gottes Hand und die Solidarität der Dorfgemeinschaft.



Und dass alle Großen und Kleinen, vor aller Leistung und trotz aller Schuld, Freude in den Sommerferien haben sollen – auch mit schlechtem Zeugnis und zwei linken Füßen beim Fußball. Wo diese Hoffnung lebt und erfahrbar wird, hat auch die seelsorgliche Präsenz der Kirche im Oldenburger Münsterland eine Zukunft.

Zum Nachlesen:

Pastoralplan für das Bistum Münster: www.pastoralplan-bistum-muenster.de

lokale Pastoralpläne aus dem Offizialatsbezirk Oldenburg: www.offizialat-vechta.de/kirche_vor_ort/lokale_pastoralplaene/pastoralplaene_online/

Kulturwandel im Bistum Münster: www.bistum-muenster.de/kulturwandel/



Elmar Dubber

Tafeln im Oldenburger Münsterland

Ausgehend von der Idee „Verteilen statt vernichten“ war es Dr. Robert Berges sen. der mit einem zunächst kleinen Kreis von Frauen und Männern die Cloppenburgener Tafel auf die Beine stellte. Damals waren wir die Tafel mit der „laufenden Nr. 646“ in Deutschland, inzwischen ist die Grenze von 900 deutlich überschritten.

Angefangen hat es mit den Vorbereitungen bereits im Jahre 2005, wie es in den Aufzeichnungen von Dr. Robert Berges nachzulesen ist. Eine wichtige Grundvoraussetzung war für Dr. Berges die Unabhängigkeit, welche nur auf der Basis eines freien, gemeinnützigen Vereines als Träger zu erreichen war. Mit fast 300 Mitgliedern ist der als gemeinnützig und mildtätig wirkende Verein inzwischen von der zuständigen Finanzverwaltung anerkannt.

Mit ihren Jahresbeiträgen – ab 30 Euro aufwärts bis unbegrenzt – sichern die Mitglieder bereits einen guten Teil der „Grundkosten“ unserer Einrichtung finanziell ab. Für Menschen, die sich nicht persönlich in die Tafelarbeit einbringen mögen oder können ist die Vereinsmitgliedschaft eine hervorragende Alternative der Mithilfe.

Der Verein war gegründet und nach Bekanntmachung in der Presse konnten sich Ende März/Anfang April 2006 an drei Werktagen Bürgerinnen und Bürger aus Cloppenburg und umzu bei der Cloppenburgener Tafel registrieren lassen. Als ersten Tag, an dem Lebensmittel an bedürftige Menschen gegen eine Schutzgebühr – wie bis heute bei allen Tafeln bundesweit üblich – ausgegeben wurden, hatte man den 10. April 2006, einen Montag festgelegt. Die Öffnungszeiten wurde von 15 bis 17 Uhr vorgesehen. Immerhin hatten sich über 150 Personen/ Paare oder Familien angemeldet. Diese werden in Anlehnung an die Sprachregelung der ALG II-Gesetzgebung „Bedarfsgemeinschaft“



genannt. Auch eine einzelne Person ist somit eine „Bedarfsgemeinschaft“.

Die damals der Tafel gespendeten Waren reichten dafür voll und ganz aus, da von Anfang an nach Bedarf, also Personenzahl innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die Lebensmittel verteilt wurden. Die Schlagworte „Altersarmut“ und „Kinderarmut“ waren auch damals leider schon im deutschen Sprachgebrauch nicht ganz unbekannt.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat ganz aktuell eine Studie zur Kinderarmut in Deutschland veröffentlicht. Demnach leben 19% aller Mädchen und Jungen unter 18 Jahren in einem einkommensarmen Haushalt. Die Unterschiede nach Region sind weiterhin beträchtlich. Mit dem Zustrom von Asylsuchenden ist ein weiterer Anstieg der Kinderarmut zu befürchten.

Altersarmut: Auch in der Kundschaft der Cloppenburgener Tafel hat sich die Gruppe der Senioren im Vergleich des Jahres 2007 zu 2017 mehr als verdoppelt. Es zeigt sich darin das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlentscheidungen der Politik. Es handelt sich oft um Rentner, die auf ein langes Erwerbsleben zurückblicken und im Alter feststellen müssen, dass ihre Altersversorgung nicht ausreicht. Laut einer OECD-Umfrage vom Dezember letzten Jahres haben Rentner in Deutschland ein deutlich höheres Armutsrisiko als Rentner in anderen EU-Ländern! Fast jeder zehnte Rentnerhaushalt in Deutschland liegt bei weniger als 50% des Durchschnittseinkommens. Immer mehr Menschen werden im Alter von der Grundsicherung – sprich Sozialhilfe – abhängig sein. Das Rentenniveau wird bis 2030 bis auf 43% sinken, die Altersarmut also weiterhin zunehmen.

Eine der Ideen, die zur Gründung der Tafeln führte, ist es, gesunde und weiterhin verwertbare Lebensmittel an die Menschen zu bringen. Eine andere, schlechter verdienenden Personen eine Möglichkeit zu geben, Geld zu sparen, ohne große Abstriche bei der Ernährung machen zu müssen. Der Regelsatz bei einem erwachsenen Alleinstehenden beträgt derzeit 416 Euro – egal ob die Person Hartz-IV-Empfänger oder Rentner in Grundsicherung ist. Hinzu kommen individuelle Zuschüsse wie Wohnkostenhilfen.

Die Lebensmittelspenden verschaffen manchen Alleinerziehenden oder armen Rentnern mehr Luft im knappen Monatsbudget. Die Sozial- und Wohlfahrtsverbände prangern seit Jahren an, dass die Regelsätze Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Le-



ben nicht ausreichend vorsehen. Das gilt besonders für ältere Kinder und Jugendliche. Wer in dem Alter bei Kleidung, Technik oder der gemeinsamen Freizeitgestaltung nicht mithalten kann, erfährt schnell Ausgrenzung. Durch die Lebensmittel, die die sozial Benachteiligten bei den Tafeln erhalten, können Menschen sich zum Beispiel den Friseurbesuch, ein neues Buch oder ein Kulturerlebnis leisten. Tafeln ermöglichen Menschen gesellschaftliche Teilhabe.

Die neben der Stadt Cloppenburg wichtigsten Ortschaften Molbergen, Emstek und Cappeln stellen in der Hauptsache das Einzugsgebiet der Cloppenburger Tafel dar. Garrel wird inzwischen durch eine Ausgabestelle der Friesoyther Tafel versorgt, Lastrup und Löningen werden durch die Löninger Tafel betreut. Die Löninger Tafel ist ursprünglich als Ausgabestelle der Cloppenburger Tafel e.V. am 1. September 2009 ins Leben gerufen worden. Seit 2016 ist die Löninger Tafel als selbstständige Einrichtung vom Bundesverband der Tafeln in Berlin anerkannt. Bedürftige Menschen in Essen i.O. werden durch eine Ausgabestelle der Quakenbrücker Tafel versorgt.



Foto: Die Cloppenburger Tafel e.V.

Die Cloppenburger Tafel e.V. arbeitet mit den Tafeln in der Nachbarschaft seit Jahren gut zusammen. Lebensmittelspenden werden zwischen den Tafeln ausgetauscht. Die Tafeln in Haselünne und in

Rhauderfehn erhalten in der Regel einmal wöchentlich Unterstützung durch die Cloppenburg Tafel, wir geben Teile der uns gespendeten Lebensmittel nach Haselünne und Rhauderfehn ab, da diese beiden Einrichtungen in ihrem Einzugsbereich nicht über ausreichende Mengen an Lebensmitteln verfügen. Die Nachfrage dort ist also höher als das Angebot – auch hier handeln wir nach unserem Grundsatz: „Verteilen statt vernichten“. Mit der größten Tafel im Nordwesten, der Bremer Tafel, verbindet uns eine jahrelange gute Zusammenarbeit. Die Waren, welche wir von Bremen im Tausch erhalten, bereichern unser Angebot zusätzlich.

Doch zurück zu unseren Anfängen: Genau 146 Bedarfsgemeinschaften wurden am ersten Ausgabetag mit Lebensmitteln versorgt. Dahinter verbargen sich insgesamt 492 Menschen. Von diesen waren 218 Kinder im Alter unter 18 Jahren. Schon damals spiegelte sich der hohe Anteil der Kinder innerhalb der berechtigten Bedarfsgemeinschaften wider. Vereinfacht ausgedrückt: Beim Start füllten wir 146 sogenannte „Warenkörbe“ mit Lebensmitteln.

Stetig wurde die Cloppenburg Tafel in Anspruch genommen, waren es im ersten „vollem“ Kalenderjahr nach der Gründung noch 21.167 „Warenkörbe“, die gefüllt werden konnten, erreichte man auf dem Höhepunkt der „Euro-Finanzkrise“ im Jahre 2008 den bisher nicht wieder erreichten Spitzenwert von 24.434. Ganz langsam trat eine Beruhigung ein, über 21.000 im Jahre 2009 und 20.000 im Jahre 2012 waren 2014 noch etwas über 18.300 Warenkörbe zu vermelden. Diese Entwicklung setzte sich allerdings nicht weiter nach unten fort, die Asylsuchenden hatten wieder ein deutliches Ansteigen der Gesamtzahl um 1.000 zur Folge. 2016 war ein weiterer Anstieg auf 19.902 zu verzeichnen, da zunehmend die Asylsuchenden aus den Sammelunterkünften, wo sie zunächst komplett versorgt wurden, in Wohnungen untergebracht werden konnten. Die Zahl der seit Eröffnung der Tafel in Cloppenburg ausgegebenen Warenkörbe überschritt die Marke von 200.000 bereits am 11. Februar 2016 – genau 239.185 wirft uns die Datenbankanwendung in der Tafel per 31. März 2018 aus. Setzt man den Wert nur ganz bescheiden mit 20 € pro Warenkorb an ergibt sich die stattliche Summe von mehr als 4,8 Millionen Euro.

Bis heute konnte die zusätzliche Nachfrage durch die Flüchtlinge bewältigt werden, da wir – unseren Lebensmittel-Spendern sei es gedankt – über ausreichend Waren für alle Kunden verfügen. Allerdings standen unsere ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer vor einigen



neuen Problemen. So musste der zeitliche Mehraufwand durch die steigenden Kundenzahlen bewältigt werden, müssen z.B. auch religiöse Vorgaben berücksichtigt werden. Das größte Hindernis stellte allerdings auch die Sprachbarriere dar, vor allem, wenn Englischkenntnisse unserer Mitarbeiter auch nicht weiterhelfen. Eine große Hilfe sind die unter unseren Kunden vorhandenen Übersetzer.

Durch organisatorische Maßnahmen hat unsere Tafel keine Probleme mit Asylbewerbern und Kunden ohne deutschen Pass bekommen. Die Anfang dieses Jahres 2018 veranlassten und vielfach diskutierten Einschränkungen durch die Tafel in Essen/Ruhr waren bei uns nicht erforderlich. Auch bei den Tafeln im Landkreis Vechta und Emsland haben rechtzeitig eingeleitete Maßnahmen durch die dort ansässigen Tafeln dafür gesorgt, dass jeder bedürftige Mensch, jede bedürftige Familie sich bei den örtlichen Tafeln registrieren lassen und auch mindestens zweimal in der Woche Lebensmittel erhalten konnte.

Das dieses „Kind“, die Tafel-Idee unseres Ehrenvorsitzenden und Gründers der Cloppenburg Tafel, Dr. Robert Berges sen., so schnell und gut an's Laufen kam, haben wir neben unseren Spendern, Gönnern und Unterstützern vor allen Dingen unseren ehrenamtlich im Verein engagierten Helferinnen und Helfern zu verdanken. Mit knapp 50 fingen wir an, inzwischen ist die Anzahl auf über 100 angewachsen. Die zu leistende Arbeit hat sich in den Jahren auch entsprechend erhöht, daher ist auch stetig eine Vergrößerung des Helferkreises erforderlich. An drei Tagen in der Woche sind wir mit insgesamt drei Fahrzeugen unterwegs, um die Einsammlung der uns freundlicherweise gespendeten Lebensmittel sicherzustellen.

Die ersten Betriebe, welche noch vor dem Gründungstermin Dr. Berges eine Unterstützungszusage machten, waren die Bäckerei Frerker und der Familia-Markt in Cloppenburg. Diesen beiden Firmen schlossen sich schnell weitere Unterstützer an. Heute können wir auf über fünfzig Lieferanten – so nennen wir intern die Betriebe und Märkte – zählen, die uns überschüssige, aber noch verzehrfähige Lebensmittel zur Verteilung an bedürftige Menschen zur Abholung anbieten. Die Durchsicht, Sortierung und Lagerung erfolgt sofort nach der Anlieferung durch viele fleißige Hände unserer HelferInnen.

An den beiden Wochentagen mit Ausgabezeiten finden sich wiederum Helferinnen und Helfer bereit, die Tafelkundschaft mit Lebensmitteln zu versorgen. Zwischen 150 und 200 Kunden nehmen jeweils



unsere Hilfe in Anspruch, dahinter stehen ca. die dreifache Anzahl an Personen. Um bei der Tafel Lebensmittel zu erhalten muss Bedürftigkeit vorliegen, welche regelmäßig überprüft wird.

Für die kommende Zeit sind wir zuversichtlich, dass es uns gemeinschaftlich weiterhin gelingt

- verzehrfähige Lebensmittel zu verteilen statt zu vernichten
- den Kindern unserer Tafelkunden auch auf anderem Gebiet, zum Beispiel mit dem Angebot von Schulranzen zur Einschulung helfen zu können,
- Kindern mit Anspruch auf Leistungen des sogenannten Bildungspaketes, die Unterrichtsstunden der Schülerhilfe vorzufinanzieren,
- den auch bei der Tafel inzwischen vermehrt angekommenen Flüchtlingen bei der Eingliederung hier helfen zu können.

All dieses könnten wir nicht leisten ohne die großzügige Unterstützung der Firmen im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, der Lebensmittelmärkte sowie den Erzeugerbetrieben und Vermarktungseinrichtungen im Bereich der Landwirtschaft.



Günter Meyer

Werner Berges: Ein Künstler mit Wurzeln im Oldenburger Münsterland



Abb. 1: Porträt von Werner Berges
Foto: Alexander Beck, Frankfurt

Am 26.10.2017 verstarb der in Cloppenburg 1941 geborene Künstler Werner Berges im Kreise seiner Familie in Schallstadt bei Freiburg. Er zählt zu den wichtigsten Vertretern der Deutschen Pop-Art. Werner Berges hat ein Großteil seines Lebens in Schallstadt bei Freiburg sowie in der katalanischen Künstlerstadt Cadaqués gearbeitet und gewirkt, doch es gab immer wieder auch eine enge künstlerische Verbundenheit mit seiner Heimatstadt und dem Land Oldenburg. Welche

Rolle die Herkunft für Werner Berges gespielt haben mag, lässt sich nur aus den vielen Facetten seiner Biographie herleiten. Die Bedeutung der sozialen Herkunft wird in der Literaturgeschichte auf sehr unterschiedliche Weise thematisiert. Es sind die Erinnerungen an die eigene Kindheit und Jugendzeit, die wie ein ewig anmutender Stachel in uns wirken, uns prägen und auch motivieren. Angefangen von der Madeleine-Episode bei Marcel Proust bis hin zu Daniel Schreibers autobiographischem Werk „Zuhause“ pendelt diese Auseinandersetzung zwischen einem wundersamen Glücksgefühl und einer